

Ohne eine frühzeitige und breite Bürgerbeteiligung wird es schwerlich gelingen



RA Karl-Christian Schelzke
Geschäftsführender Direktor
Hessischer Städte- und Gemeindebund

Interkommunale **Zusammenarbeit** oder **Fusion**

Die Lösung für alle Probleme?

Samstag, 28. Oktober 2017

BRUCHKÖBEL/ERLENSEE/



Voll besetzt war das Bürgerhaus in Rüdigheim. Aus brandschutztechnischen Gründen durften nicht noch mehr Stühle gestellt werden, sodass viele Neuburger während der zweistündigen Veranstaltung stehen mussten. ■ Fotos: Weber

Viele offene Fragen

Bürgerversammlung bringt nur wenig Aufschluss über Machbarkeitsstudie

Von Holger Weber

NEUBERG/ERLENSEE • In einer aufgeheizten Atmosphäre fand am Donnerstagabend im voll besetzten Bürgerhaus in Rüdighheim die erste von zwei Bürgerversammlungen zur Machbarkeitsstudie statt, die in Kürze in Auftrag gegeben werden soll. Die zweite Versammlung folgt am Mittwoch, diesmal dann um 19.30 Uhr, in der Kleinen Erlenhalle in Erlensee.

Ganz am Ende der gut zweistündigen Veranstaltung wurde Neubergs Parlamentschef Peter Holzzapfel noch einmal eindringlich. „Wir sprechen hier nur über eine Machbarkeitsstudie, durch deren Ergebnisse wir uns Aufschluss über die beste Kooperationsform erhoffen. Es geht hier noch nicht um die Fusion. Wir haben noch nichts entschieden“, sagte der Vorsitzende der Gemeindevertretung mit fast flehendem Unterton. Holzzapfel hatte gemerkt, dass an diesem Abend etwas gehörig aus dem Ruder gelaufen war. Dass die Stimmung nicht so war, wie

es sich die Verwaltungsspitzen aus Neuberg und Erlensee erhofft hatten. Und auch Karl-Christian Schelzke, der geschäftsführende Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebunds, der zusammen mit seinem Kollegen, dem Hanauer Dieter Hog, an der Studie mitarbeiten wird und als Redner geladen war, musste nach gut zwei Stunden Diskussion erschöpft eingestehen, dass direkte Demokratie „ein schwieriges Geschäft“ ist. Und dass die Aufgabe in Neuberg nicht leicht werden wird.

Der Missstimmung lag ein großes Missverständnis zugrunde. Denn während einige Neuburger schon Erkenntnisse über die Kompatibilität beider Kommunen und andere sich zumindest Aufklärung über die Kriterien der anstehenden Machbarkeitsstudie erhofft hatten, betrachteten Schelzke und Hog die Veranstaltung offenbar als eine erste lockere Vorstellungsrunde. Ein Warm-up,

ein großes gemeinsames Brainstorming, bevor es mit der eigentlichen Arbeit losgeht. Und so blieben am Ende viele ratlose Gesichter zurück. „Eigentlich bin ich jetzt nicht viel schlauer als vorher“, brachte es ein Neuburger auf den Punkt.

Dabei lohnte es sich allemal, den Ausführungen des erfahrenen Kommunalpolitikers Schelzke Aufmerksamkeit zu schenken. Von Anbeginn machte er deutlich, dass es keine rein wirtschaftliche Entscheidung nach Zahlen sei, ob die beiden Kommunen letztendlich kompatibel und für eine Fusion taugten. Ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte, sei die Gebietsreform in den 70er Jahren gewesen, die über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht worden sei. Noch heute seien viele der damals zwangsweise zusammengeworfenen Kommunen nicht zusammengewachsen, zumindest nicht in den Köpfen der Menschen. So hänge eine

Nicht nur die Zahlen zählen in der Studie

mögliche Fusion die Skepsis bei den Neuburgern besonders groß sein würde, war zu erwarten. Der Kleine hat gegenüber dem Großen immer mehr Vorbehalte, fürchtet sich davor, einfach geschluckt zu werden. Das ist auf der kommunalen Ebene nicht anders als in der großen Politik. Schon bei dem Beschluss zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie haben sich die Neuburger in ihrem Gemeindeparlament wesentlich schwerer getan als die Erlenseer, die das Thema quasi im Vorbeigehen ad acta legten. Diese parlamentarische Behutsamkeit hat sich nun offenbar auch auf die Bürger über-

möglichst zentral die Meinsichtspunkte zusammenfassen und doch klaren Blicken entgegen zu stehen. Unten sind sie zu Wort gekommen und gegenüber der Ecke Bürger für Neuberg in Frankfurt am Main in der Hauptkommune auf den Tritten und um die Erlenseer nicht kommen und abgehende Kunden

Dass mit dem Blick auf eine mögliche Fusion die Skepsis bei den Neuburgern besonders groß sein würde, war zu erwarten. Der Kleine hat gegenüber dem Großen immer mehr Vorbehalte, fürchtet sich davor, einfach geschluckt zu werden. Das ist auf der kommunalen Ebene nicht anders als in der großen Politik. Schon bei dem Beschluss zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie haben sich die Neuburger in ihrem Gemeindeparlament wesentlich schwerer getan als die Erlenseer, die das Thema quasi im Vorbeigehen ad acta legten. Diese parlamentarische Behutsamkeit hat sich nun offenbar auch auf die Bürger über-

Bürgermeisterin Iris Schröder gebetsmühlenhaft. Und weil Ravalzhausen und Langendiebach sich aus der Historie betrachtet einfach näher seien, fügte Erlensees Bürgermeister Stefan Erb später im kleinen Kreis hinzu.

Aber es kam auch die Frage auf, inwieweit eine Fusion bei Problemen, die mit einer immer älter werdenden Gesellschaft in strukturell immer schlechter aufgestellten Ortsteilen zusammenhängen, Abhilfe schaffen kann. Schelzke und Hog werden sich die Frage sicherlich nicht haben.

KOMMENTAR

Bürgerversammlung



Von Holger Weber

Noch viel zu tun bis zum nächsten Termin

tragen – zumindest wenn man die Versammlung vom Donnerstagabend als Stimmungsbarometer wertet.

Andererseits gibt es zweierlei Gründe, die Missstimmung nicht überzubewerten: Zum einen werden viele, die einer Fusion positiv gegenüberstehen, nicht den Mut aufgebracht haben, sich gegen die von Beginn an mit Vehemenz und Wortgewalt agierenden Skeptiker zu Wort zu melden.

Zum anderen richtete sich der Unmut der meisten Bürger vor allem gegen die Veranstaltung an sich, weil diese nicht ihren Erwartungen entsprach. Die Kritik ist durchaus berechtigt. Zwar konnte niemand ernsthaft erwarten, dass

bereits erste Zahlen oder Erkenntnisse geliefert werden. Schließlich ist es ja Sinn und Zweck einer Machbarkeitsstudie, diese zu generieren. Doch zumindest hätte man sich Informationen über die Kriterien, über die Verfasser und die Art und Weise ihrer empirischen Arbeit gewünscht. Irgendwie hatte man den Eindruck, eine Vorbereitung auf die Veranstaltung hat es nicht wirklich gegeben, alles wirkte improvisiert, wenig strukturiert. So allerdings wird das nichts werden. Die Bürger kaufen die Katze nicht im Sack. Bis zum nächsten Termin am Mittwoch in Erlensee muss kräftig nachgearbeitet werden.



Alfred Herms von der Bürgerinitiative Neuburger für Neuberg forderte im Gespräch mit Karl-Christian Schelzke Daten und Fakten zum Thema Fusion.

Hanauer Anzeiger vom 3. November 2017



So sieht der Fahrplan der Machbarkeitsstudie in einer Grafik aus, die von der Kommunalberatung Ge/con am Mittwochabend vorgestellt wurde. Dabei handelt es sich jedoch um einen noch nicht beschlossenen Vorschlag des Unternehmens • Grafik: Privat

Empfehlung folgt im Sommer

Bei Bürgerversammlung in Erlensee gibt es erste konkrete Informationen zur Machbarkeitsstudie

Von Holger Weber

ERLENSEE • Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie über eine mögliche Fusion zwischen Erlensee und Neuberg sollen bereits im kommenden Sommer vorliegen. „Ich gehe davon aus, dass wir dann eine Empfehlung abgeben können“, sagte Erik Schmidtmann, Geschäftsführer der Ge/con-Kommunalberatung aus Mannheim am Mittwoch im Rahmen einer Bürgerversammlung in Erlensee. Das Unternehmen soll neben der Freiherr-vom Stein GmbH mit der Studie beauftragt werden, sobald die Machbarkeitsstudie vom Land offiziell bewilligt ist.

Das Land Hessen wird – so wurde es den Verwaltungsspitzen von Neuberg und Erlensee mündlich zugesichert – die Studie finanzieren und dafür rund 50 000 Euro bereitstellen. Die Empfehlung der Experten soll sich auf eine von vier Varianten beziehen, die für die Zusammenarbeit beider Kommunen in Betracht kommen, erklärte Schmidtmann in der großen Erlenhalle in Erlensee.

Bei der sogenannten Variante 0 würde sich gar nichts am Status Quo ändern. Erlensee und Neuberg kooperier-

ten wie bisher in einigen Bereichen wie beispielsweise dem Standesamt oder bei der Tagespflege. Variante eins würde eine Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeiten vorsehen. Variante zwei bildeten beide Kommunen einen Gemeindeverwaltungsverband. Dies bedeutete eine enge Kooperation in vielen Bereichen unter Beibehaltung der jeweiligen kommunalen Eigenständigkeit. Variante drei schließlich sieht die Verschmelzung der beiden Kommunen zu einer Einheitsgemeinde vor.

Bürger sollen in Zukunftswerkstatt mitarbeiten

Die Bürgerversammlung war bereits die zweite ihrer Art, die erste Versammlung hatte vergangene Woche in Neuberg stattgefunden. War die Zukunft im Bürgerhaus in Rüdighelm noch von einer ziemlich aufgeheizten Atmosphäre geprägt, verlief der Durchgang in der mit etwa 250 Besuchern gefüllten Erlenhalle diesmal wesentlich ruhiger. Viele der Bürger waren auch aus Neuberg gekommen. Wie in Rüdighelm wurde das Expertengremium wieder durch die beiden Verwal-

tungsspitzen, den Erlensee Bürgermeister Stefan Erb und die Neuburger Bürgermeisterin Iris Schröder, den Hanauer Kommunalpolitiker Dieter Hog (Freiherr vom Stein GmbH) sowie den geschäftsführenden Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebunds, Karl-Christian Schelzke, gebildet. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass die Prüfung im Rahmen der Machbarkeitsstudie ergebnisoffen sein soll. Zudem sollen die Bürger in einer Art Zukunftswerkstatt in die Gespräche mit einbezogen werden.

Dabei sollen Vereine, die Feuerwehren und auch die

Verwaltungsangestellten in den Rathäusern zur Mitarbeit animiert werden. Karl-Christian Schelzke unterstrich einmal mehr die Bedeutung soziokultureller Aspekte. Eine Prüfung, die allein auf Zahlen abziele, greife zu kurz. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt soll es demnach drei weitere Bürgerversammlungen geben. Zudem soll der Diskussionsprozess auf einer Homepage zusammengeführt werden, die freigeschaltet wird, sobald der Bewilligungsbescheid aus Wiesbaden vorliegt. Die Parlamente in Neuberg und Erlensee hatten der Durchführung der Studie bereits zugestimmt.

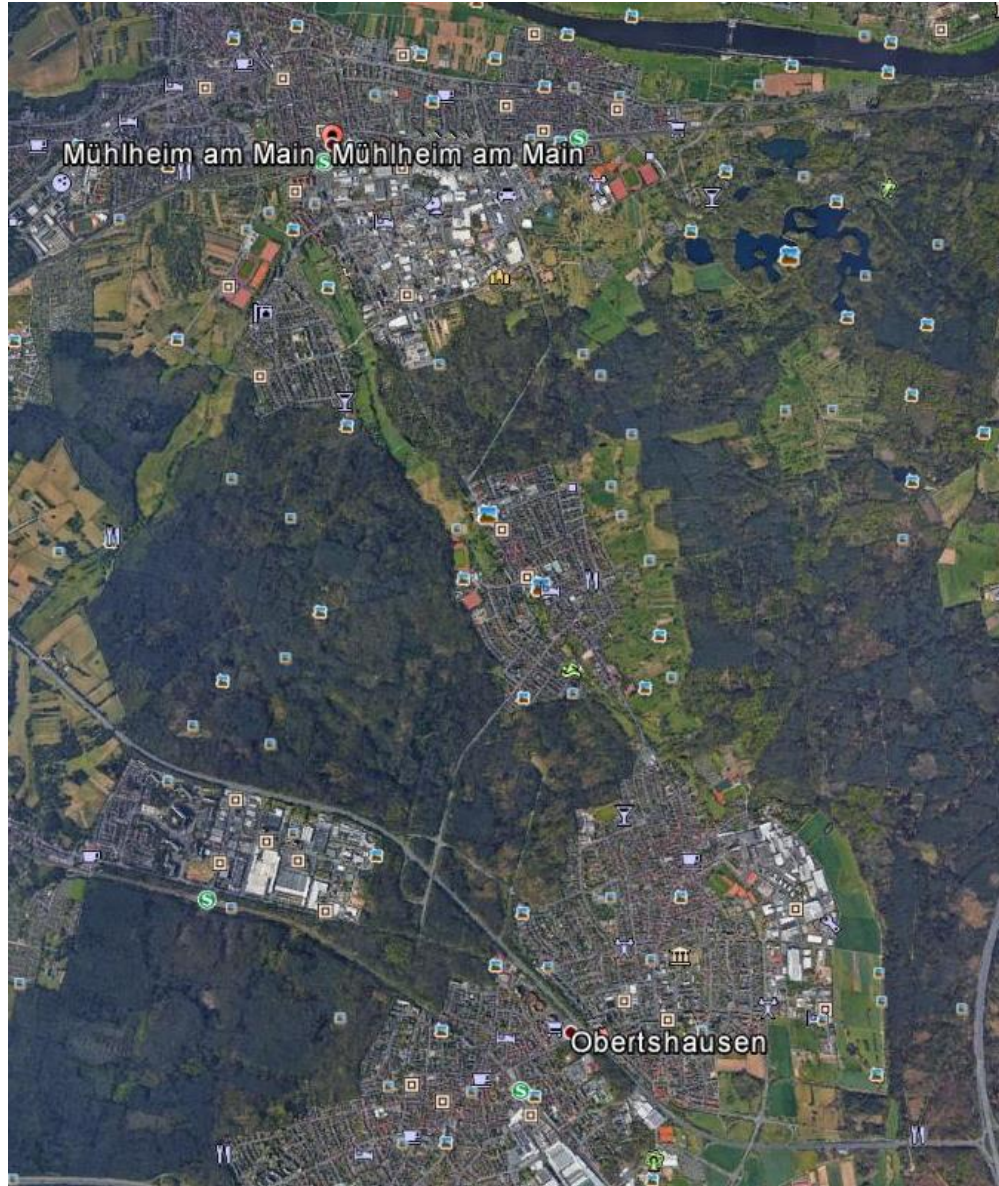


Rund 250 Bürger folgten der Einladung zur zweiten Bürgerversammlung, die zum Thema Machbarkeitsstudie stattfand. Diesmal verlief die Diskussion ruhiger als in der Vorwoche in Neuberg. • Fotos: Weber

Das habe ich mich dann auch gefragt! Und vor allem: warum gibt es erst eine teure Machbarkeitsstudie (auch wenn sie das Land bezahlt, am Ende zahlt der Steuerzahler), und erst dann die Bürgerbefragung?

Hofft man, dass die Machbarkeitsstudie etwas zutage fördert, was wir jetzt ev. noch nicht wissen? Sicher geht sie im betriebswirtschaftlichem Sinne positiv aus, dazu benötigt man kein Studium, sondern gesunden Menschenverstand. Aber muss es immer nur um noch mehr Geld gehen? Oder sollte man nicht zunächst die Befindlichkeiten der Bürger abfragen, ehe man so viel Geld investiert, um dann vom Bürger abschlägig beschieden zu werden? Also erst eine Bürgerbefragung, dann eine Studie?

Für mich sieht das sehr manipulativ aus, wenn jetzt schon gedroht wird, dass die Bürger zur Zeit noch mitreden dürfen. In ein paar Jahren dann vielleicht nicht mehr? Sehr merkwürdig.





Gebietsreform in Hessen

Zum Stichtag, 28.01.1969, gab es in Hessen 2.642 Gemeinden, 39 Landkreise und 9 kreisfreie Städte.

Es war ein wichtiges Projekt der damals regierenden sozial-liberalen Regierung unter Ministerpräsident Albert Oswald und seinem Innenminister Hans Heinz Bielefeld (FDP) eine Gebietsreform in Hessen herbeizuführen mit der Zielsetzung, 500 Gemeinden und 20 Landkreise neu zu bilden.

Den hessischen Gemeinden wurde aufgegeben, freiwillige Zusammenschlüsse herbeizuführen. - Zum 01.07.1974 war per Gesetz die zwangsweise Zusammenlegung vorgesehen.

Vorreiter im ehemaligen Landkreis Gelnhausen (Hans Rüger war damals Landrat) war die Gemeinde Freigericht, die am 01.01.1970 aus den Gemeinden Somborn, Bernbach, Neuses, Horbach und Altenmittlau hervorging.

Kommunalstrukturen nach der Gebietsreform

- leistungsfähige Strukturen durch umfassende territoriale kommunale Neugliederung in den 70er Jahren
- Aber: noch viele kleinere Gemeinden (z.B. 121 Gemeinden unter 5000 EW)
- Hess. Rechnungshof: Mindestgröße für effiziente Verwaltung liegt bei ca. 8000 EW
- Position Landesregierung: Keine Gebietsreform mehr „von oben“

21 Landkreise und 5 kreisfreie Städte
421 kreisangehörige Städte und Gemeinden :
43 Städte und Gemeinden bis unter 3000 EW
78 Städte und Gemeinden von 3000 bis unter 5000 EW
89 Städte und Gemeinden von 5000 bis unter 7500 EW
50 Städte und Gemeinden von 7500 bis unter 10.000 EW
166 Städte und Gemeinden über 10.000 EW



November 2007:

Nach dem vorläufigen Endergebnis votierten in Michelstadt 54,9 Prozent der Wähler gegen den Zusammenschluss, 45,1 Prozent dafür. Die Wahlbeteiligung lag bei 53 Prozent. In der Kreisstadt Erbach folgten 47,8 Prozent der Wähler ihrem Bürgermeister, 52,2 lehnten den Plan ab. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,4 Prozent. Damit ist ein in Hessen bislang einmaliger Plan zur freiwilligen Vereinigung zweier Städte am Willen der Bürger gescheitert. Schon ein Nein einer der beiden Städte hätte die Fusion zum 1. Januar 2009 verhindert.





11. Oktober 2015

Aus zwei mach eins

**Gemeindefusion: Angelburg will, Steffenberg nicht
BÜRGERENTSCHEID In beiden Kommunen wird das
Quorum erreicht /Fusion ist vom Tisch**

Angelburg: 51,7% : 48,3%

Steffenberg: 47,3% : 52,7%



Bürgermeister legen Strategiepapier vor – Uwe Ermisch stellt sich nicht zur Wahl



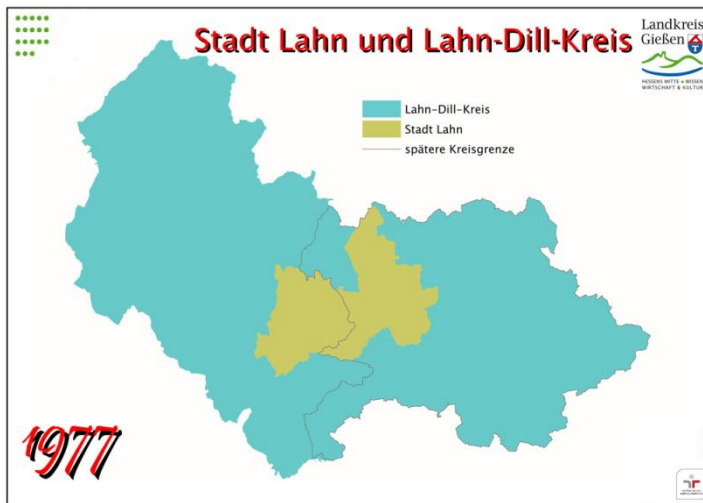
Die Städte Battenberg und Hatzfeld sollen 2014 zu einer Großgemeinde verschmelzen. Dies sieht ein Konzept vor, dass die Bürgermeister Heinfried Horsel und Uwe Ermisch präsentiert haben.

Von Rouven Raatz

Battenberg-Dodenau. Einen gemeinsamen Abwasserverband haben sie bereits gegründet, mit Allendorf und Bromskirchen bilden die Städte Hatzfeld und Battenberg einen Kommunalen Dienstleistungsverbund, und ihre historischen Wurzeln haben die zwei Kommunen im oberen Edertal ohnehin im früheren Amt Battenberg. Nach den Vorstellungen der Bürgermeister Uwe Ermisch und Heinfried Horsel könnte in vier Jahren der nächste Schritt folgen: der Zusammenschluss der zwei Städte. „Doch ob es so kommt, darüber müssen sich andere Gedanken machen“, sagt Battenbergs Bürgermeister Horsel.

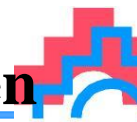


1967 bis 1979



- **Main-Kinzig-Kreis:** Bad Soden-Salmünster, Biebergemünd, Brachtal, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gründau, Jossgrund, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Ronneburg, Schöneck, Sinntal
- **Wetteraukreis:** Florstadt, Karben, Limeshain, Niddatal, Rosbach vor der Höhe, Wöllstadt
- **Vogelsbergkreis:** Antrifttal, Feldatal, Lautertal (Vogelsberg), Mücke, Schwalmatal (Hessen), Wartenberg (Hessen)

Kommunalwahlen in Hessen



(Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen)

Wahlterm	Wahl berechtigt	Wahl beteiligt	Abgegebene Stimme			Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			ungültig		gültig	CDU	SPD	GRÜN	FDP	Son- stige	darunter	
			Anzahl	%							Anzahl	REP
27.03.2011	4.594.245	47,7	120.493	5,5	2.069.939	33,7	31,5	18,3	3,9	12,6	0,7	7,2
26.03.2006	4.532.157	45,8	107.061	5,2	1.970.208	38,5	34,7	9,2	5,8	11,8	1,5	8,6
18.03.2001	4.498.672	52,9	100.467	4,2	2.278.814	38,1	38,5	9,1	5,2	9,1	2,5	5,8
02.03.1997	4.425.013	66,0	78.585	2,7	2.842.626	33,0	38,0	11,0	4,0	14,1	6,6	5,9
07.03.1993	4.270.703	71,3	97.585	3,2	2.946.644	32,0	36,4	11,0	5,1	15,5	8,3	5,7
12.03.1989	4.194.001	78,0	78.637	2,4	3.194.550	34,3	44,8	9,1	4,8	6,8	0,7	3,4
10.03.1985	4.104.875	75,8	64.957	2,1	3.044.633	41,1	43,7	7,1	5,3	2,9	—	2,1
22.03.1981	3.993.759	76,3	53.722	1,8	2.995.413	47,4	39,4	4,3	6,0	2,9	—	2,2
20.03.1977	3.883.024	79,5	54.741	1,8	3.033.624	47,9	42,3	—	5,4	4,5	—	3,0
22.10.1972	3.807.555	81,4	48.462	1,6	3.051.124	38,1	51,4	—	6,4	4,0	—	2,5
20.10.1968	3.523.606	76,9	69.197	2,6	2.639.232	29,7	49,9	—	10,4	10,0	—	2,1
25.10.1964	3.465.157	79,3	72.942	2,7	2.676.439	29,0	51,7	—	11,1	8,2	—	2,2
23.10.1960	3.319.767	80,1	76.489	2,9	2.581.521	27,1	47,8	—	10,5	14,7	—	5,9
28.10.1956	3.151.252	78,0	90.125	3,7	2.368.128	21,2	47,4	—	8,6	22,9	—	11,7
04.05.1952	3.038.779	76,8	108.935	4,7	2.225.705	17,8	38,5	—	14,9	28,8	—	11,5
25.04.1948	2.742.865	81,2	160.743	3,7	2.067.742	29,1	35,7	—	21,8	13,4	—	0,5
28.04.1946	2.086.829	75,7	80.333	5,1	1.498.874	36,9	43,2	—	7,3	12,6	—	—

1977: Die 3,8 Millionen Wahlberechtigten zeigten mit 79,6 Prozent Wahlbeteiligung ein hohes Interesse an der Wahl. Die CDU errang einen Erdrutschsieg, der hauptsächlich zu Lasten der SPD ging, die als dominierende Rathauspartei abgelöst wurde.

Partei	Ergebnis (%)	Veränderung
CDU	44,8	+ 11,5
SPD	42,1	- 7,4
FDP	4,8	
FWG	7,2	- 4,3

Ja wir wollen das!

